

Grausame Behörden

Zu: „Zynische Pointen des Ausländerrechts“, FR-Regional vom 11. Januar

Wenn man Ihren Artikel liest kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Beamten der Ausländerbehörden den schlechten unmenschlichen Ruf der „deutschen Beamten“ (eiskalt und bar jeglicher menschlicher Regung) bestätigen. Dies hat sich in zahllosen Beispielen in der Vergangenheit immer wieder gezeigt.

Unser nun abgelöster Innenminister, der an Unmenschlichkeit im Umgang mit den Flüchtlingen kaum zu überbieten war, hat den Takt vorgegeben. Man kann sich als nicht Betroffener kaum vorstellen, was man diesen beiden kurdischen Frauen während Ihres Aufenthalts in Hessen und Bayern an psychischem Druck zumutete. Leyla Acin ist seit 33 Jahren in Deutschland, voll integriert und in einem guten Beruf beschäftigt, in dem Arbeitskräfte gesucht werden. Wie kann es überhaupt sein, dass Menschen nach 33-jährigem Aufenthalt noch abgeschoben werden können? Viele Menschen in Deutschland hoffen, dass die grausame menschenverachtende Seehofersche Flüchtlingspolitik in Deutschland nun ein Ende findet und dass die neu gewählte Regierung eine Flüchtlingspolitik wählt, die die Menschenwürde in den Vordergrund stellt. Dazu gehört auch, dass man die menschenverachtenden Beamten, die es in der BRD gibt, „in die Wüste schickt.“ Schikanen, wie sie der Familie Lacin widerfahren sind, dürften damit der Vergangenheit angehören!

Hermann Michel, Mörfelden Walldorf

Geschichte wird geklittert

Zu: „Museum ändert Werktitel, die das N-Wort enthalten“, FR-Feuilleton v. 6.1.

Bitte diesen Artikel in der nächsten Redaktionskonferenz langsam und laut vorlesen. Vielleicht fällt Ihnen dann auf, welches Geschwurbel dem Leser zugemutet wird: „...enthielten etwa verschiedene Formen des N-Wortes. Mit dem Begriff N-Wort wird eine früher gebräuchliche rassistische Bezeichnung für Schwarze umschrieben.“ Martin Luther King sprach häufig von „negroes“. Wollen Sie die Reden von Martin Luther King umschreiben? Die identitätspolitischen Zensoren wären bestimmt begeistert. Astrid Lindgren ist dies posthum passiert mit dem „Südseekönig“.

Meine Frau und ich lehnen das nachträgliche Manipulieren literarischer Texte oder eben Bildtitel ab und empfinden dieses Geschichtsklitterung. Rassistismus durch Tabuisierung von Worten zu bekämpfen, läuft ins Leere, weil Weltanschauung nicht an bestimmte Begriffe gebunden ist. Verwechseln Sie das identitätspolitische Theater nicht mit dem Kampf gegen Rassismus! Peter Eisert, Offenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220117

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Thomas Flierl, Ex-Kultursenator von Berlin, über dessen Forschung zur Architektin Margarete Schütte-Lihotzky. Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Per Video: club-voltaire.de/video
Montag, 17. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lieber noch einige Umfragen abwarten

Zu: „Impfpflicht ohne eigenen Entwurf“ und „Streit ist Pflicht“, FR-Titel vom 14. Januar und FR-Meinung vom 13. Januar

Rückständige Bürokratie

Die Philosophie von Karl Lauterbach spielt den Ball in die richtige Richtung. Zum einen bedarf es bei einer Impfpflicht keines unbedachten Schnellschusses, sondern eher Sorgfalt, zumal in vielen Bundesländern wie im rot-grün regierten Hamburg die Möglichkeiten, auf einer freiwilligen Ebene die Impfquote zu erhöhen, bei Weitem noch nicht ausgereizt sind, da hier insbesondere in vielen ärmeren Quartieren, wo häufig Menschen mit Migrationshintergrund leben, die Angebote (mobile Impfteams) rar gesät sind. Zum anderen gehört auch zu einer guten politischen Fehlerkultur, aus den Versäumnissen Angela Merkels zu lernen, wo genau vor einem Jahr der Einfachheit halber lieber auf einen pauschalen Langzeitlockdown gesetzt wurde, anstatt die konkreten Probleme wirklich anzupacken. Deshalb klingt der Vorwurf aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion nach einer „Politik der eingeschlafenen Füße“ in jedem Fall recht amüsant, da es vor allem in der Hauptverantwortung der eigenen früheren Stillstandskanzlerin liegt, dass Deutschland bis heute über eine der rückständigsten Bürokratien in ganz Europa verfügt, wo die Digitalisierung gerade als moderne Kulturfrage wie etwa mit einem kollaborativen und transparenten Datenverständnis komplett verschlafen wurde!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Hat Olaf Scholz keine Meinung?

Recht hat Stephan Hebel mit der Überschrift „Streit ist Pflicht“. Offene Debatten werden gebraucht. Warum er sich mit dieser Forderung zuerst an die Opposition wendet, bleibt mir schleierhaft. Dass die Unionsfraktion durchaus sich wegduckend herumtaktiert, sehe ich. Warum allerdings die Regierungsparteien (allen voran der

Kanzler) sich damit zurückhalten, einen klar formulierten Antrag im Parlament zur Abstimmung zu stellen und auf dieser Basis die Debatte zu initiieren, ist mir ein Rätsel. Ich möchte wissen, was der Kanzler, die Regierungsparteien und Mitglieder des Bundestages für richtig halten! Im Parlament können dazu Gegenanträge, Änderungsanträge etc. eingebracht, diskutiert und abgestimmt werden.

Gerade weil diese Frage so wichtig ist, erscheint es mir nicht plausibel, dass derjenige, der die Richtlinien der Politik bestimmt, plötzlich zu einem „normalen“ Abgeordneten mutieren soll, der dann noch nicht einmal seine Meinung äußern mag.

Nun will man also eine „offene Abstimmung“ in dieser Frage. Warum das überhaupt zur Debatte steht, wo doch die Abgeordneten nur ihrem Gewissen folgen sollen (und zwar in jeder Frage)? Meines Wissens steht in der Verfassung nirgendwo etwas über den so viel zitierten „Fraktionszwang“. Er scheint mir aber dennoch hier eine wesentliche Rolle zu spielen, denn: Die Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag folgendes vereinbart: „Kooperation der Fraktionen im Deutschen Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.“ Es fehlt dann nur noch, dass am Ende ein Antrag auf namentliche Abstimmung abgelehnt wird, weil es sich ja um eine „Gewissensentscheidung“ handelt. Da kann sich dann der Bürger über die „offene Debatte“ freuen.

Übrigens: Laut Grundgesetz wirken die Parteien an der Willensbildung des Volkes mit. Danach sieht es derzeit weder bei Opposition noch Regierung aus. Lieber noch einige Umfragen abwarten, aus denen dann hervorgeht, was das Volk will.

Ich wünschte, die neue Regierung handelte in den extrem wichtigen Zukunftsfragen vor allem nach der Devise: „Mehr Mut ist Pflicht!“ Sie wird ihn brauchen. Wolfgang Gräger, Egelsbach

Ich fühle mich getäuscht

Um Corona in den Griff zu bekommen, brauche es eine hohe Impfquote, hieß es. Anfangs ging man von 70 Prozent aus, später erhöhte sich die Quote auf mehr als 90 Prozent. Wie erklären sich dann folgende Tatbestände: Bremen hat die höchste Impfquote aller Bundesländer (über 90 Prozent der über 18-Jährigen), trotzdem liegt die Sieben-Tage-Inzidenz über 1000! Auch Spanien hat eine Impfquote von über 90 Prozent, trotzdem haben einige Regionen eine Inzidenz von weit über 1000! Bundesligaprofis sind zu 95 Prozent geimpft, viele auch schon geboostert, trotzdem sind in der ersten Januarwoche vier Prozent positiv auf Corona getestet worden, dies entspricht einer Inzidenz von 4000! Hier stellen sich doch wohl einige Fragen: Weshalb glaubt die Politik angesichts weiterhin an die hohe Wirksamkeit der Impfungen?

Könnte es sein, dass die Wirksamkeit der Impfung schon nach wenigen Wochen stark nachlässt und bei neuen Varianten (Omikron) nicht wirkt? Wie ist 2G plus für Restaurants zu begründen, wo liegt der Unterschied zwischen einem negativ getesteten ungeimpften und einem negativ getesteten zweifach geimpften Menschen? Warum darf die eine Person ins Restaurant, die andere nicht? Ich fühle mich getäuscht. Es wurde und wird mit der Impfung eine Sicherheit vorgetäuscht, die es nicht gibt. Ich selbst bin zweimal geimpft, werde mich aber nicht boostern lassen. Die Wirksamkeit und Dauer der Auffrischung können die Risiken und Nebenwirkungen nicht rechtfertigen.

Bruno Rauber, Hünstetten

Die Mehrheit mag den Euro

Erwiderung auf „Niemand hat gefragt, ob wir den Euro überhaupt wollten“, FR-Forum vom 10. Januar

Sehr geehrte Janina Aranda, Ihr Leserbrief beginnt mit einem Trugschluss: Wenn sich 41 Prozent zu einem bestimmten Thema positiv äußern, heißt das noch lange nicht, dass 59 Prozent der Befragten es ablehnen. Zu Ihren angeblichen Nichtbefürwortern zählen nämlich auch die, die eine dritte bzw. überhaupt keine Meinung zum Thema oder schlichtweg die Frage nicht verstanden haben.

Am 23. April 1998 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit (575 von 615 Abgeordneten) den Beitritt zur Europäischen Währungsunion. Schon 2004 legte die Fachhochschule Ingolstadt eine Untersuchung vor, nach der fast 60 Prozent der befragten Deutschen dem Euro positiv gegenüberstanden (nachzulesen bei Wikipedia). Das wäre sicherlich nicht der Fall gewesen, wenn die

Befragten beim Friseur dieselben „Schockwellen“ wahrgenommen hätten wie Sie. Vor der Einführung des Euro haben sich alle deutschen Handelsverbände des Groß- und Einzelhandels im Wege einer freiwilligen Selbstverpflichtung darauf geeinigt, die Umstellung nicht für Preiserhöhungen zu nutzen. Dass die Verpflichtung eingehalten wurde, dafür sorgte schon die Konkurrenz und die Wettbewerbshüter. Ich arbeitete damals als Justiziar bei einem großen deutschem Versandhaus und kann aus eigener Erfahrung berichten, dass der von der EZB bestimmte Umrechnungskurs peinlich genau eingehalten wurde. Der von Ihnen und anderen im Zuge der Umstellung beobachtete Inflationswert („Teuro“) hatte, wie wir heute wissen, überwiegend psychologische Ursachen und beruhte nicht zuletzt

auf dem Rundungsfehler bei der Überschlagsrechnung „Ein Euro gleich zwei DM“. Dass die nordischen Staaten der Eurozone nicht beigetreten sind, war das Ergebnis der in diesen Ländern durchgeführten Volksabstimmungen. Während wir uns von der nächsten und erst 52 Jahre zuvor eingeführten D-Mark trennen mussten, fiel es den Nordländern schwer, sich von ihrer geliebten und über 100 Jahre und länger bestehenden Krone zu trennen. Dessen ungeachtet nimmt Dänemark heute am Wechselkursmechanismus II teil, so dass die Dänische Krone an den Euro gebunden ist. Faktisch ist Dänemark damit Mitglied der Währungsunion.

Dass Sie den Euro nicht mögen, ist Ihr Recht, aber die Mehrheit sieht das anders.

Peter Arnold, Bad Homburg